

Bernd Kronenberg
Fraktionsvorsitzender
der SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Waldbröl

im April 2013

Haushaltsrede 2013

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr BM, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren.

Waldbröl – das Mittelzentrum im Süden Oberbergs – kämpft sich zurück!
Das ist das Motto meiner diesjährigen Haushaltsrede.

Es erfüllt meine Fraktion und natürlich auch mich ganz persönlich mit Freude und Dankbarkeit, dass wir einen Weg gefunden haben, unsere Stadt gemeinsam zu entwickeln, nach vorne zubringen.

Wir beschließen heute ein Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept, das unseren gemeinsamen Willen dokumentiert, Waldbröl wieder zu dem zu machen, was es einmal war:

- Eine attraktives Mittelzentrum, das die Menschen aus der Region einlädt, zu kommen, zu verweilen und auch zu bleiben.

Unser Dank geht an das Büro ASS mit Frau Gruß-Rinck und Herrn Hamerla an der Spitze, aber auch an alle Waldbrölerinnen und Waldbröler und die anderen Akteure, die sich in den Prozess eingebracht haben.

Ab heute gilt es daher für den Rat und die Verwaltung, die wesentlichen Projekte daraus konzentriert anzugehen und möglichst zeitnah umzusetzen. Das wird ein schwieriger Prozess werden, aber wir werden das schaffen- davon sind wir überzeugt.

Das Merkur-Areal ist der zentrale Punkt, um den herum sich die Stadt neu aufstellen muss. Wenn uns dort ein erfolgreicher Neuanfang gelingt, wird **das** ganz konkrete, positive Auswirkungen auf die gesamte Stadtentwicklung haben.

Neben den Veränderungen in einigen anderen Quartieren unserer Stadt, z. B. dem Marktplatz, der Hochstraße rund um die ev. Kirche und dem Gelände „Alter Petz“ wird **das Verkehrskonzept** eine zentrale Rolle spielen.

Die Beruhigung der Kaiserstraße und die Entlastung durch den Bau der K 28n sind dabei ganz entscheidende Faktoren.

Aber Rat und Verwaltung müssen sich auch darüber im Klaren sein, dass die städtische Gebäudestruktur ebenfalls entwickelt werden muss.

Die „vereinten Hüttenwerke“ am Alsberg, wenn ich hier einmal meinen geschätzten Kollegen Horst Fuchs zitieren darf, die Feuerwache in der Gerberstraße und unser Hallenbad stehen auf der Agenda.

Für das Hallenbad sehen wir gute Chancen einer dauerhaften Lösung am jetzigen Standort.

Es muss uns gelingen, Planungs- und Investitionszuschüsse zu erhalten. Dazu müssen wir uns als Rat klar für den Erhalt des Hallenbades aussprechen. Nur so werden wir Fördermittelzusagen erhalten.

Wir brauchen dafür ein Konzept, das Modellcharakter für die vielen anderen sogenannten „Hollandbäder“ hat, die es im Lande gibt. Unser Bad muss dazu eine Sanierung im Passiv-Haus-Standard erhalten, was die Unterhaltungskosten drastisch senken wird.

Außerdem muss in dieses Konzept ein „Bürger-Beteiligungs-Modell“ integriert werden, das einen Teil der notwendigen Mittel zur Verfügung stellt. Solche Modelle sind zurzeit sehr beliebt und können häufig die erforderlichen Mittel in kurzer Zeit akquirieren, da diese Gelder mit einer Rendite versehen sind, die man heute nicht ohne Weiteres auf der Bank erhält.

Letztlich muss die Stadt einen Beitrag aus der ihr jährlich zugewiesenen Schul- und Bildungspauschale dazu tun, um den Schulsport sicher zu stellen.

Es kann nicht sein, dass dieses Geld überwiegend artfremd verplant wird.

Dazu haben wir für diese Sitzung einen entsprechenden Antrag eingereicht.

Meine Damen und Herren,

wir haben einen Gebäude- und Immobilienbestand, der dringend auf den Prüfstand muss. Dazu brauchen wir ein kommunales Gebäude- und Immobilienkonzept, in dem dann auch die räumliche Situation der Feuerwache Gerberstraße und des Rathauses zukunftsfähig gestaltet werden können.

Die SPD-Fraktion steht auf dem Standpunkt, dass **die** Alternativen umgesetzt werden müssen, die auf Dauer die kostengünstigsten und Energie effizientesten sind.

Denn wir tragen einerseits die Verantwortung für die gesundheitlichen Rahmenbedingungen, unter denen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Dienst versehen, das gilt insbesondere für unsere Feuerwehrleute, andererseits haben wir aber auch die umwelt- und finanzpolitischen Auswirkungen zu berücksichtigen.

Der Zustand der Gebäude hat entscheidenden Einfluss auf die Kosten für die Unterhaltung, die Sanierung und die Energieversorgung. Wenn man alleine die baulichen Zustände von Ordnungsamt und Bauamt sieht, weiß man, was gemeint ist.

Das lässt mich zum eigentlichen Haushalt selbst kommen.

Unser Dank gilt der Kämmerei, Frau Hasenbach und Herrn Lang mit ihrem Team. Sie haben sich immer wieder bemüht, die Vorgaben der Politik, der Kommunalaufsicht und der Finanzwirtschaft, die sich häufig geändert haben, in ihr aktuelles Zahlenwerk einzuarbeiten.

Dafür nochmals unseren herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren, wir freuen uns zunächst über die Tatsache, dass wir auf der Basis der aktuellen Zahlen in 2023 den Haushaltsausgleich schaffen können und zugleich unser Eigenkapital bis dahin nicht gänzlich aufgebraucht haben werden. Beides waren Forderungen meiner Fraktion, die so im letzten Jahr vom Rat mehrheitlich nicht mitgetragen worden sind.

Zwischenzeitlich hat jedoch die Kommunalaufsicht deutlich gemacht, dass ohne die Einhaltung dieser beiden Grundvoraussetzungen eine Genehmigung unseres 10-Jahres-HSK nicht in Frage kommt.

Diese, jetzt in Aussicht gestellte, Genehmigung bedeutet, wir bleiben auch in den nächsten Jahren Kredit würdig, und das hat erhebliche Auswirkungen, insbesondere auf die Höhe der Schuldzinsen, die wir in Zukunft zu zahlen haben. Andererseits sind wir weiterhin in der Lage, gewisse „freiwillige“ Ausgaben leisten zu dürfen, z. B. für die sozialen Belange in unserer Stadt.

Das freut uns sehr.

Jetzt kommt jedoch der Wermutstropfen!

Hätte der Rat sich im vergangenen Jahr entschlossen, die Mittel aus dem Stärkungspakt für Kommunen zu beantragen, hätten wir unseren Haushaltsausgleich fünf Jahre früher erreicht und hätten ab diesem Zeitpunkt mit der Tilgung der Altschulden beginnen können. Dann hätten wir erheblich weniger neue Schulden angehäuft als jetzt.

Wer jetzt sagt: „Na und? Fangen wir eben später an zu tilgen“, den bitte ich, die folgenden Zahlen genau zu verfolgen. Vielleicht wird dann deutlich, dass die Entscheidung des Rates in 2012, **gegen die Stimmen der SPD**, doch nicht so verantwortungsbewusst war, wie sie versucht wurde, darzustellen.

Mit den **heute** zu verabschiedenden Planzahlen werden wir im 10-Jahreszeitraum bis 2022 Mindereinnahmen in unserem Haushalt in Höhe von fast 20 Mio. € und damit ab dann 20 Mio. € mehr in die Schuldentilgung zu investieren haben.

Wenn wir jedoch im vergangenen Jahr die vom Land angebotenen, geschenkten rund 10 Mio. € angenommen und die von der Kämmerin vorgeschlagenen und von uns mit getragenen Steuersätze beschlossen hätten, hätten wir deutlich weniger neue Schulden machen müssen und hätten ab 2018 mit der Rückzahlung unserer Altschulden beginnen können.

Sie haben damals dazu ins Feld geführt, dass solche Steuersätze die Menschen stark überfordert und sie zum Wegzug in die Nachbarkommunen gezwungen hätten. Dazu können wir heute feststellen, dass diese Aussagen völlig realitätsfremd waren. Die höheren Steuersätze, die in 2012 seitens der Kämmerei vorgeschlagen worden waren, hätten in Euro folgende Zahlungsdifferenzen zu den **heute zu verabschiedenden Steuersätzen** ausgemacht:

Für Hausbesitzer von Häusern	
des Baujahres 1920	ein Plus von 4,33 € pro Jahr
des Baujahres 1960	ein Plus von 18,48 € pro Jahr
und des Baujahres 2012 (Neubau)	ein Plus von 24,52 € pro Jahr.

Wir sind der Auffassung, dass dieser Mehraufwand pro Jahr bei der Grundsteuer B leistbar gewesen wäre. Damit hätten wir alle in Waldbröl einen Solidarbeitrag zur Entschuldung unserer Stadt geleistet und unseren Kindern wäre es erspart geblieben, rund 20 Mio. € mehr zurück zu zahlen.

Damit allen klar wird, um welche Summen es insgesamt geht, sei hier noch erwähnt, dass wir zurzeit mit rund 60 Mio. € in der Kreide stehen. Das sind unsere Kassenkredite, also unser Girokonto, und die langfristigen Verbindlichkeiten, unsere Darlehen.

Und 30 Mio. € kommen in den nächsten 10 Jahren noch oben drauf – also in 2022 werden sich die Schulden in Waldbröl auf rund 90 Mio. € erhöhen. Wenn die Rahmenbedingungen so bleiben und die Zinsen nicht nach oben gehen. Ansonsten wird es noch mehr werden.

20 Mio. € sind dann mehr als ein Fünftel unserer gesamten Schulden und hätten eingespart werden können. Wir hätten uns das gewünscht, aber leider wurde im letzten Jahr eine große Chance dafür nicht genutzt.

Umso mehr müssen wir uns jetzt gemeinsam anstrengen, die dadurch entstandene Differenz im Budget der Stadt anderweitig auszugleichen. Ich glaube, dass das nicht

leicht werden wird, da wir ja auch eine Menge anderer Probleme in unserer Stadt zu lösen haben.

Wir können unsere Augen jedoch nicht vor den bestehenden Tatsachen, die mit demokratischen Mehrheiten entstanden sind, verschließen. Daher werden wir trotzdem diesem Haushaltsplanentwurf zustimmen und uns aktiv an der Konsolidierung unseres Haushaltes beteiligen.

Dem Stellenplan, meine Damen und Herren, werden wir jedoch **nur dann** zustimmen, wenn unserem Antrag statt gegeben wird, die Verwaltung einer Aufgaben- und Organisationsuntersuchung zu unterziehen.

Wir können es uns nämlich nicht leisten, ohne die Vereinbarung strategischer Ziele einfach nur Stellen nach zu besetzen oder nicht mehr zu besetzen. Wir brauchen klare Abstimmungen zu der Frage, was sind in Zukunft die Kernaufgaben der Verwaltung und was ist für die Erreichung der Ziele notwendig. Wir müssen klären, was muss wer wann und wie tun, damit die einzelnen Arbeitsprozesse optimiert werden können.

Dort wo es Sinn macht, muss auch neues Personal eingestellt werden können, z. B. im Bereich des Tourismus. An anderer Stelle muss eingespart werden können, wenn man erkennt, dass ein Aufgabenbereich weniger Zeit und Aufwand in Zukunft erfordert.

Wir wollen in dieser Phase der Haushaltsplanung nicht weiter ins Detail gehen, erwarten jedoch, dass die finanzpolitischen Schwerpunkte regelmäßig in 2013 auf den Tagesordnungen des Haupt- und Finanzausschuss auftauchen, damit eine ständige Abstimmung zur Entwicklung der Finanzen und der zu finanzierenden Projekte möglich ist.

Meine Damen und Herren,
es geht nicht um uns – es geht nur um Waldbröll!

Ich danke für die Aufmerksamkeit.